

**No. 42881**

---

**Germany  
and  
Republic of Moldova**

**Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Moldova concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol). Chisinau, 28 February 1994**

**Entry into force:** *15 June 2006 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 13*

**Authentic texts:** *German and Romanian*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 5 July 2006*

---

**Allemagne  
et  
République de Moldova**

**Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Moldova relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements (avec protocole). Chisinau, 28 février 1994**

**Entrée en vigueur :** *15 juin 2006 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 13*

**Textes authentiques :** *allemand et roumain*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 5 juillet 2006*

[ GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND ]

**Vertrag**

**zwischen**

**der Bundesrepublik Deutschland**

**und**

**der Republik Moldau**

**über**

**die Förderung und den gegenseitigen Schutz von**

**Kapitalanlagen**

**Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Moldau -**

**in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,**

**in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,**

**in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren -**

**haben folgendes vereinbart:**

**Artikel 1**

**Für die Zwecke dieses Vertrags**

**1. umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, insbesondere**

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;**
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;**
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;**

d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;

e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufarbeitungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff "Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

3. bezeichnet der Begriff "Staatsangehörige"

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:  
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

b) in bezug auf die Republik Moldau:  
natürliche Personen, die gemäß den Rechtsvorschriften Staatsangehörige der Republik Moldau sind;

4. bezeichnet der Begriff "Gesellschaften"

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:  
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Republik Moldau:

jede juristische Person, die gemäß den Rechtsvorschriften der Republik Moldau gegründet worden ist und die ihren ständigen Sitz in deren Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht und ob sie sich in privatem oder staatlichem Besitz befindet.

#### Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

#### Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

#### Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder ver-

gleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

#### Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;

- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

#### Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

#### Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage getätigt wurde.



(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

#### Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

#### Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

#### Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

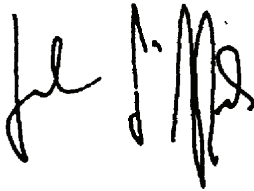
(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Chisinau

am 28. Februar 1994

in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die  
Bundesrepublik Deutschland



Für die  
Republik Moldau



Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als "Betätigung" im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen beim Handel mit Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen wird und dadurch erhebliche wirtschaftliche Beeinträchtigungen erfolgen.

(5) Zu Artikel 7

Als "unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.



16) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die in Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

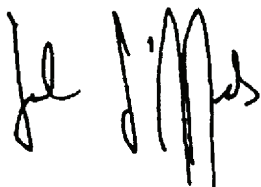
(7) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau außer Kraft.

Geschehen zu Chisinau

am 28. Februar 1994

in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die  
Bundesrepublik Deutschland



Für die  
Republik Moldau



**Änderungsprotokoll**

**zu**

**dem am 28. Februar 1994 in Chisinau**

**unterzeichneten Vertrag**

**zwischen**

**der Bundesrepublik Deutschland**

**und**

**der Republik Moldau**

**über**

**die Förderung und den gegenseitigen Schutz**

**von Kapitalanlagen**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Moldau -

in dem Bewusstsein, dass der am 28. Februar 1994 in Chisinau unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen der Änderung bedarf -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Artikel 11 Absatz 2 des vorgenannten Vertrags wird wie folgt ersetzt:

„(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und dass, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofes der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.“

## Artikel 2

Artikel 11 Absatz 3 des vorgenannten Vertrags wird wie folgt ersetzt:

„(3) Für den Fall, dass beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des genannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis mit einem solchen Verfahren. Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.“

## Artikel 3

Dieses Änderungsprotokoll ist integraler Bestandteil des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und seinem Protokoll, unterzeichnet am 28. Februar 1994 in Chisinau, und sie werden als ein einheitlicher Vertrag ausgelegt und angewandt.

## Artikel 4

- (1) Dieses Änderungsprotokoll bedarf der Ratifikation, die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.
- (2) Dieses Änderungsprotokoll tritt zusammen mit dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, unterzeichnet am 28. Februar 1994 in Chisinau, in Kraft.

Geschehen zu *Berlin* am *26. August 2003* in zwei Urschriften, jede  
in deutscher und in moldauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die  
Bundesrepublik Deutschland

*Christin Lutz*

Für die  
Republik Moldau

*2006*

[ MOLDOVAN TEXT – TEXTE AIN ]

# **ACORD**

**Intre**

**Republica Federală Germania**

**și**

**Republica Moldova**

**privind promovarea și protejarea reciprocă**

**a investițiilor**

# ACORD

## între Republica Federală Germania și Republica Moldova privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor

Republica Federală Germania și Republica Moldova  
în dorința de a adânci colaborarea economică existentă între cele  
două state,  
preocupate de a crea condiții favorabile pentru investiții de către  
cetățeni sau societăți ale unui stat pe teritoriul celuilalt stat,  
recunoscând că promovarea și garantarea contractuală a acestor  
investiții sunt în măsură să stimuleze inițiativa privată în  
economie și să sporească bunăstarea ambelor popoare,  
au convenit cele ce urmează:

### Articolul 1

Pentru scopurile acestui Acord:

1. Termenul «investiții» cuprinde valori patrimoniale de orice natură, în special
  - a) proprietate de bunuri mobile și imobile precum și alte drepturi reale ca ipotecă și drepturi de ipotecă;
  - b) părți sociale la societăți și alte feluri de participații la societăți;
  - c) creanțe privind mijloace bănești care au fost folosite în vederea creării unei valori economice sau servicii care au o valoare economică;
  - d) drepturi de proprietate intelectuală, ca în special: drepturi de autor, brevete, mostre de utilizare, mărci de fabrică, nume comerciale, secrete privind întreprinderea și tranacțiile, procedee tehnologice, know-how și goodwill;
  - e) concesiuni de drept public, inclusiv concesiunile de prospecțiuni și exploatare.

Modificarea formei de plasament a valorilor patrimoniale nu afectează calitatea acestora de investiție.

2. Termenul «beneficii» se referă la acele câștiguri pe care o investiție le realizează într-un timp dat, de ex, cote părți din profit, dividende, dobânzi, licențe sau alte compensații.

**3. Termenul «cetățean» se referă la:**

**a) cu privire la Republica Federală Germania:**

**Germani în conformitate cu prevederile Legii Fundamentale a Republicii Federale Germania;**

**b) cu privire la Republica Moldova persoanele fizice cetățeni ai Republicii Moldova în conformitate cu legislația ei în vigoare.**

**4. Termenul «societăți» se referă la:**

**a) Cu privire la Republica Federală Germania:**

**Orice persoană juridică precum și orice societate comercială sau altfel de societate sau asociație cu sau fără personalitate juridică care își are sediul pe teritoriul Republicii Federale Germania, indiferent dacă prin activitatea ei este orientată spre realizarea de profit sau nu;**

**b) Cu privire la Republica Moldova:**

**Orice persoană juridică, constituită în conformitate cu legislația Republicii Moldova, cu sediul social permanent pe teritoriul acesteia indiferent de faptul dacă aceasta a fost constituită în scopul unui câștig pecuniar și dacă este proprietate privată sau de stat.**

## **Articolul 2**

**(1) Fiecare Parte Contractantă va încuraja după posibilități pe teritoriul ei investiții ale cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante și va accepta aceste investiții în conformitate cu prevederile ei legale. În orice caz ea va acorda un tratament just și echitabil investițiilor.**

**(2) Nici una dintre Părțile Contractante nu va prejudicia în vreun fel prin măsuri abuzive sau discriminatorii administrația, utilizarea, dispunerea sau exploatarea investițiilor ale cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante pe teritoriul ei.**

## **Articolul 3**

**(1) Fiecare Parte Contractantă, pe teritoriul său, nu va trata investiții care sunt proprietate sau se află sub influența cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante mai puțin favorabil decât investiții ale cetățenilor și societăților proprii sau decât investiții ale cetățenilor și societăților din țări terțe.**

**(2) Fiecare Parte Contractantă tratează cetățenii sau societățile altei Părți Contractante vis-a-vis de activitatea lor în legătură cu investițiile pe teritoriul său nu mai puțin favorabil decât pe proprii săi cetățeni și societăți sau cetățenii și societățile statelor terțe.**

**(3) Acest tratament nu se referă la drepturile preferențiale pe care o Parte Contractantă le acordă cetățenilor sau societăților unui țară stat în baza apartenenței la o uniune vamală sau economică, la o piață comună sau la o zonă a liberului schimb sau în baza asocierii la una dintre acestea.**

**(4) Tratamentul acordat în acest articol nu se referă la avantajele pe care o Parte Contractantă le acordă cetățenilor sau societăților din țări terțe în bază unui acord de evitare a impunerii duble sau a altor acorduri fiscale.**



#### Articolul 4

(1) Investițiile cetățenilor sau societăților unei Părți Contractante se bucură pe teritoriul celeilalte Părți Contractante de protejare și de securitate deplină.

(2) Investițiile efectuate de un cetățean sau de o societate ale unei Părți Contractante pe teritoriul celeilalte Părți Contractante nu pot fi expropriate, naționalizate sau supuse altor măsuri similare prin efectele lor unei exproprieri sau naționalizări decît în interes public și contra unei despăgubiri. Despăgubirea trebuie să corespundă valorii pe care a avut-o investiția, expropiat nemijlocit înainte de momentul în care s-a făcut publică sau a apărut ca pericol efectuarea exproprierii, a naționalizării sau a măsurii similare. Plata trebuie efectuată fără întârziere iar la suma de despăgubire se adaugă dobînzile bancare curente percepute pînă în ziua efectuării plății. Despăgubirea trebuie să fie efectiv disponibilă și liber transferabilă. Cel tîrziu la data exproprierii, a naționalizării sau a măsurii similare trebuie să se ia măsuri corespunzătoare pentru evaluarea și compensarea despăgubirii. Legalitatea măsurii de expropriere, de naționalizare sau a altei măsuri similare și cuantumul despăgubirii trebuie să poată fi examinate printr-o procedură juridică ordinară.

(3) Cetățeni sau societăți ale unei Părți Contractante ale căror investiții suferă pierderi datorate războaielor sau altor conflicte armate, revoluțiilor, stării excepționale sau revoltelor pe teritoriul celeilalte Părți Contractante nu vor fi tratate de către aceasta mai puțin favorabil decît proprii cetățeni sau propriile societăți în ceea ce privește restituirile, compensațiile, despăgubirile sau alte contraprestații. Astfel de plăți trebuie să fie liber transferabile.

(4) Cetățenii și societățile unei Părți Contractante pe teritoriul celeilalte Părți Contractante se bucură de regimul națiunii celei mai favorizate în problemele reglementate de acest articol.

#### Articolul 5

Fiecare Parte Contractantă garantează cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante liberul transfer al sumelor legate de plățile efectuate în legătură cu o investiție, în special

- a) al capitalului și al sumelor suplimentare destinate menținerii sau majorării de capital;
- b) al beneficiilor;
- c) al sumelor destinate rambursării împrumuturilor;
- d) al sumelor rezultate din lichidare în cazul lichidării totale sau parțiale sau al instrînării investiției;
- e) al despăgubirilor prevăzute de articolul 4.

### Articolul 6

Dacă una dintre Părțile Contractante efectuează plăți către cetățenii săi sau societățile sale în bază unei garanții pentru o investiție efectuată pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, cealaltă Parte Contractantă recunoaște, fără ca să limiteze drepturile care rezultă din articolul 10 ale Părții Contractante întii numite, transmiterea tuturor drepturilor sau obligațiilor acestor cetățeni sau societăți în baza legii sau a tratatelor juridice asupra primei Părți Contractante. De asemenea cealaltă Parte Contractantă recunoaște subrogarea Părții Contractante întii menționate în toate aceste drepturi sau obligații (obligații transmise), pe care mai întii numită Parte Contractantă are dreptul să le exercite în aceeași măsură ca și predecesorii săi de drept. Transferul de plăți în baza obligațiilor transmise se efectuează în conformitate cu articolul 4 alin. 2 și 3 respectiv articolul 5.

### Articolul 7

(1) Transferurile potrivit articolului 4 alin. 2 sau 3 și articolelor 5 sau 6 se efectuează neîntârziat în conformitate cu rata oficială de schimb existentă la momentul transferului pe teritoriul Părții Contractante căreia a fost efectuată investiția.

(2) Acest curs trebuie să corespundă cursului de convertire (cross-rate) care rezultă din acele cursuri de convertire pe care Fondul Monetar Internațional le-ar aplica pentru convertirea valutelor respective în drepturi speciale de tragere la momentul efectuării plății.

### Articolul 8

(1) În cazul în care rezultă din prevederile legale ale uneia dintre Părțile Contractante sau în baza unor obligații de drept internațional care există pe lângă acest Acord între Părțile Contractante sau urmează să se stabilească în viitor, o reglementare generală sau specială în baza căreia investițiile cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante trebuie să fie tratate mai favorabil decât prevede Acordul de față, atunci respectiva reglementare are prioritate față de prezentul Acord în măsura în care este mai favorabilă.

(2) Fiecare Parte Contractantă va respecta orice altă obligație pe care și-a asumat-o în legătură cu investițiile cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante pe teritoriul său.

### Articolul 9

Acest Acord este valabil și pentru investițiile pe care cetățeni sau societăți ai unei Părți Contractante le-au efectuat în conformitate cu prevederile legale ale celeilalte Părți Contractante pe teritoriul acesteia încă înainte de intrarea în vigoare a prezentului Acord.

## Articolul 10

(1) Diferendele dintre Părțile Contractante privitoare la interpretarea sau aplicarea prezentului Acord se soluționează, pe cât posibil, de către guvernele celor două Părți Contractante.

(2) În cazul în care un diferend nu poate fi soluționat pe această cale, la cererea uneia dintre cele două Părți Contractante el este supus unui tribunal de arbitraj.

(3) Tribunalul de arbitraj se va constitui de la caz la caz prin numirea a cîte un membru (arbitru) de către fiecare Parte Contractantă. La rîndul lor cei doi arbitri convin asupra unui cetățean dintr-un stat terț, ca președinte (supra-arbitru), acesta urmînd să fie desemnat de către guvernele celor două Părți Contractante. Arbitrii trebuie numiți în decurs de două luni, președintele în decurs de trei luni, de la data la care una dintre Părțile Contractante i-a comunicat celeilalte intenția de a supune diferendul unui tribunal de arbitraj.

(4) În cazul în care termenele prevăzute de alin. 3 nu sunt respectate, este posibil ca în lipsa unei alte înțelegeri fiecare dintre Părțile Contractante să se adreseze Președintelui Curții Internaționale de Justiție pentru numirile necesare. Dacă Președintele deține cetățenia uneia dintre cele două Părți Contractante sau dacă este reținut dintr-un alt motiv, numirea se va face de către Vicepreședinte. Dacă însă și Vicepreședintele deține cetățenia uneia dintre cele două Părți Contractante sau este la rîndul său reținut, numirea se va face de către următorul membru al Curții în ordine ierarhică care nu deține cetățenia uneia dintre cele două Părți Contractante.

(5) Tribunalul de arbitraj decide prin majoritate de voturi. Hotăririle sale sunt obligatorii. Fiecare Parte Contractantă suportă cheltuielile pentru arbitru, desemnat de ea și pentru predarea și pentru reprezentarea sa la procedura de arbitraj. Cheltuielile pentru președinte (supra arbitru) și celelalte cheltuieli vor fi suportate în părți egale de către Părțile Contractante. Tribunalul poate să stabilească o altă modalitate de repartizare a cheltuielilor. În afara prevederilor de mai sus, tribunalul de arbitraj își stabilește propria sa procedură.

(6) În cazul în care ambele Părți Contractante sunt totodată Părți Contractante ale Convenției din 18 martie 1965 privind soluționarea diferendelor legate de investiții între state și resortisanți ai altor state, nu se poate face apel la tribunalul de arbitraj numit mai înainte, ținînd cont de reglementarea prevăzută în articolul 27 alin. 1 al Convenției, deoarece între cetățenii sau societățile unei Părți Contractante și cealaltă Parte Contractantă există deja o înțelegere în conformitate cu articolul 25 al Convenției. Posibilitatea de a recurge la tribunalul de arbitraj numit mai înainte în cazul nerespectării unei hotăriri a tribunalului de arbitraj constituit în baza Convenției (articolul 27) sau în cazul subrogării în baza legii sau a tranzacțiilor juridice în conformitate cu articolul 6 al prezentului Acord rămîne neatinșă.

## Articolul 11

(1) Diferendele privind investițiile care apar între una dintre Părțile Contractante și un cetățean sau o societate a celeilalte Părți Contractante trebuie să se soluționeze, pe cât posibil, pe calea amiabilă între părțile participante la diferend.

(2) În cazul în care diferendul nu poate fi soluționat în decurs de șase luni de la data la care a fost anunțat de către una dintre cele două părți implicate, la propunerea cetățeanului sau a societății celeilaltei Părți Contractante el va fi supus unei proceduri de arbitraj. În măsura în care părțile implicate nu stabilesc o altă înțelegere, diferită de aceasta, diferendul se va supune unei proceduri de arbitraj în cadrul Convenției din 18 martie 1965 privind soluționarea diferendelor legate de investiții între state și resortisanți ai altor state.

(3) Hotărîrea arbitrajului este obligatorie și nu este supusă nici unor mijloace juridice sau altor căi legale decît celor prevăzute de Convenția mai sus numită. Ea se execută în conformitate cu legislația internă a statului respectiv.

(4) Partea Contractantă implicată în diferend nu va folosi ca argument în timpul unei proceduri de arbitraj sau al executării hotărîrii acestuia faptul că cetățeanul sau societatea celeilalte Părți Contractante a obținut o despăgubire, parțială sau integrală pentru paguba suferită printr-o asigurare.

## Articolul 12

Acest Acord este valabil indiferent dacă între cele două Părți Contractante există relații diplomatice sau relații consulare.

## Articolul 13

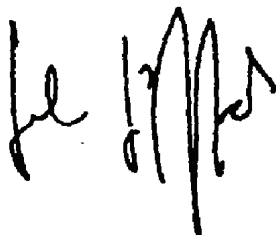
(1) Prezentul Acord va fi supus ratificării, instrumentele de ratificare urmînd a fi schimbate cît mai curînd la Bonn

(2) Prezentul Acord va intra în vigoare la o lună după efectuarea schimbului instrumentelor de ratificare. El va rămîne în vigoare pentru o perioadă de zece ani, prelungindu-se apoi pe o perioadă nelimitată, dacă nu a fost denunțat, în scris, de către una dintre Părțile Contractante cu douăsprezece luni înainte de expirarea perioadei respective de valabilitate. După încheierea celor zece ani Acordul poate fi denunțat oricînd, respectivîndu-se o perioadă de preaviz de douăsprezece luni.

(3) Pentru investițiile efectuate până la data încetării valabilității prezentului Acord prevederile articolelor 1 până 12 continuă să fie aplicabile pe o perioadă de douăzeci de ani începând cu data încetării valabilității acestuia.

Semnat la Chișinău la 19/ianuarie 94 în două exemplare originale, fiecare în limba germană și în limba română, ambele texte având aceeași valabilitate.

**Pentru**  
**Republica Federală Germania**



**Pentru**  
**Republica Moldova**



## PROTOCOL

La semnarea Acordului între Republica Federală Germania și Republica Moldova privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor semnatarilor imputerniciți au mai convenit și asupra următoarelor dispoziții, care constituie partea integrantă a Acordului.

### (1) Referitor la articolul 1

a) beneficiile rezultate din investiții și, în cazul reinvestirii acestora, beneficiile rezultate din aceasta se bucură de aceeași garanție ca și investițiile sus numite.

b) indiferent de alte proceduri de stabilire a cetățeniei, se consideră în special a fi cetățean al unei Părți Contractante orice persoană care se află în posesia unui pașaport național al Părții Contractante respective.

### (2) Referitor la articolul 2

a) investițiile care au fost efectuate în conformitate cu prevederile legale ale unei Părți Contractante pe teritoriul acesteia de către cetățeni sau societăți ale celeilalte Părți Contractante se bucură de protejarea deplină în baza Acordului.

b) Valabilitatea Acordului se extinde de asemenea asupra teritoriilor aparținând de zona economică exclusivă a unei Părți și asupra platoului continental, în măsura în care dreptul internațional permite respectivei Părți Contractante exercitarea de drepturi suverane sau de suveranitate teritorială în acele teritorii.

### (3) Referitor la articolul 3

a) Prin «activitate» în sensul articolului 3 alin. 2 se înțelege în special, dar nu numai, administrarea, dispunerea, utilizarea și exploatarea unei investiții. Printr-un tratament «mai puțin favorabil» în sensul articolului 3 se înțelege în special: aplicarea unui tratament diferit prin restricții la procurarea de materii prime sau materii auxiliare, energie și carburanți, precum și mijloace și factori de producție de orice natură, prin împiedicarea comerțului cu produse pe piața internă și externă, precum și prin alte măsuri cu efect asemănător. Măsuri dictate de necesitatea asigurării securității publice și a ordinii, a sănătății la nivel național sau a bunelor moravuri nu sunt considerate ca tratament «mai puțin favorabil» în sensul articolului 3.

b) Dispozițiile articolului 3 nu obligă o Parte Contractantă să extindă avantaje fiscale, scutiri și reduceri de impozite, care potrivit legilor privind impozitarea nu se acordă decât persoanelor fizice și societăților stabilite pe teritoriul său asupra unor persoane fizice și societăți stabilite pe teritoriul celeilalte Părți Contractante.

c) Părțile Contractante vor analiza cu bunăvoință, în cadrul prevederilor legale interne, cereri de intrare și de aflare ale unor persoane ale unei Părți Contractante pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, atunci când cererea este legată de efectuarea unei investiții. Aceleași prevederi sunt valabile și pentru angajați ai unei Părți Contractante care doresc să intre și să se stabilească pe teritoriul celeilalte Părți Contractante pentru a depune o activitate în calitate de angajați în legătură cu o investiție. De asemenea vor fi analizate cu bunăvoință cereri pentru acordarea autorizației de lucru.

(4) Referitor la articolul 4

Pretenția la despăgubire este valabilă și în cazul în care printr-o măsură de stat în sensul articolul 4 alin. 2 se intervine în activitatea întreprinderii, care constituie obiectul investiției, și prin aceasta se aduc prejudicii considerabile economice.

(5) Referitor la articolul 7

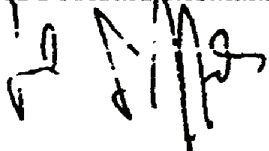
Se consideră că efectuat «neîntârziat» în sensul articolului 7 alin. 1 un transfer care se efectuează într-un termen considerat normal pentru respectarea formalităților de transfer. Termenul se calculează cu începere de la data depunerii cererii respective și nu are voie să depășească în nici un caz două luni.

(6) La transportul de mărfuri și de persoane efectuat în legătură cu o investiție nici o Parte Contractantă nu va interzice sau nu va pune piedici în calea întreprinderilor de transport ale celeilalte Părți Contractante și, în măsura în care va fi nevoie, va elibera aprobările necesare efectuării transporturilor.

(7) La data intrării în vigoare a prezentului Acord valabilitatea Acordului din 13 iunie 1989 între Republica Federală Germania și Uniunea Republicilor Sovietice Socialiste privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor încetează în relațiile dintre Republica Federală Germania și Republica Moldova.

Semnat la *Drizinan* la 28 februarie 1994  
două exemplare originale, fiecare în limba germană și în limba română, ambele texte având aceeași valabilitate.

Pentru  
Republica Federală Germania



Pentru  
Republica Moldova



**Protocolul de amendament**

**la**

**Acordul**

**între**

**Republica Federală Germania**

**și Republica Moldova**

**privind**

**promovarea și protejarea reciprocă**

**a investițiilor**

**semnat**

**la Chișinău la 28 februarie 1994**



Republica Federală Germania

și

Republica Moldova -

conștiente că Acordul între Republica Federală Germania și Republica Moldova privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor, semnat la Chișinău la 28 februarie 1994, necesită o modificare -

au convenit cele ce urmează:

Articolul 1

Articolul 11 alineatul 2 al Acordului sus-menționat va fi înlocuit după cum urmează:

"(2) În cazul în care diferendul nu poate fi soluționat în decurs de șase luni de la data la care a fost anunțat de către una dintre cele două părți implicate, la propunerea cetățeanului sau societății celeilalte Părți Contractante el va fi supus unei proceduri de arbitraj. În măsura în care părțile implicate nu stabilesc o altă înțelegere, vor fi aplicate prevederile articolului 10 alineatele 3 pînă la 5 în sensul că numirea membrilor tribunalului de arbitraj în conformitate cu articolul 10 alineatul 3 se face de părțile participante la diferend și că, în măsura în care termenele prevăzute la articolul 10 alineatul 3 nu sunt respectate, fiecare parte implicată, în lipsa altor înțelegeri, poate să se adreseze Președintelui Curții de Arbitraj a Camerei Internaționale de Comerț la Paris cu rugămintea de a face numirile necesare. Hotărîrea arbitrajului se execută în conformitate cu legislația internă."

Articolul 2

Articolul 11 alineatul 3 al Acordului sus-menționat va fi înlocuit după cum urmează:

"(3) În cazul în care cele două Părți Contractante au devenit și Părți Contractante ale Convenției din 18 martie 1965 privind soluționarea diferendelor legate de investiții între

state și resortisanți ai altor state, diferendele între părțile participante la diferend conform acestui articol vor fi supuse unei proceduri de arbitraj în cadrul Convenției mai sus numite, în măsura în care părțile implicate nu stabilesc o altă înțelegere; fiecare Parte Contractantă își declară acordul privind o astfel de procedură. Hotărîrea arbitrajului este obligatorie și nu este supusă nici unor altor mijloace juridice sau altor căi legale decît celor prevăzute de Convenția mai sus numită. Ea se execută în conformitate cu legislația internă a statului respectiv.”

### Articolul 3

Prezentul Protocol de amendament constituie partea integrantă a Acordului între Republica Federală Germania și Republica Moldova privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor, semnat la Chișinău la 28 februarie 1994, precum și a Protocolului acestuia care vor fi interpretate și aplicate ca un acord unic.

### Articolul 4

(1) Prezentul Protocol de amendament va fi supus ratificării, instrumentele de ratificare urmînd a fi schimbate cît mai curînd.

(2) Prezentul Protocol de amendament va intra în vigoare împreună cu Acordul între Republica Federală Germania și Republica Moldova privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor, semnat la Chișinău la 28 februarie 1994.

Semnat la *Berlin* la *26 august 2003* în două  
exemplare originale, fiecare în limba germană și în limba moldovenească, ambele texte  
avînd aceeași valabilitate.

Pentru  
Republica Federală Germania

*Martin Luch*

Pentru  
Republica Moldova

*Stelian*

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE  
REPUBLIC OF MOLDOVA CONCERNING THE ENCOURAGEMENT  
AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Moldova,  
Desiring to intensify economic cooperation between both States,  
Striving to create favourable conditions for investments by nationals or companies of  
one State in the territory of the other State,  
Recognizing that the encouragement of such investments and their protection on the  
basis of a treaty are likely to stimulate private economic initiative and increase the pros-  
perity of both peoples,  
Have agreed as follows:

*Article 1*

For the purposes of this Treaty:

1. The term “investments” shall comprise all types of assets, in particular:
  - (a) Movable and immovable property, as well as other rights in rem such as mort-  
gages, liens and pledges;
  - (b) Shares in companies and other forms of participation in companies;
  - (c) Claims to money used to create an article of economic value, or claims to ser-  
vices which have an economic value;
  - (d) Intellectual property rights, such as copyright, patents, utility models, industrial  
patterns and models, trademarks, trade names, business and trade secrets, technical pro-  
cesses, know-how and goodwill;
  - (e) Business concessions under public law, including prospecting and mining con-  
cessions.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classifi-  
cation as an investment;

2. The term "returns" shall mean those amounts yielded by an investment over a cer-  
tain period, such as percentages of profits, dividends, interest and licences or other fees;

3. The term "nationals" shall mean:

- (a) In respect of the Federal Republic of Germany:

Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

- (b) In respect of the Republic of Moldova:

Natural persons who possess Moldovan nationality;

4. The term "companies" shall mean:

- (a) In respect of the Federal Republic of Germany:

Any juridical person, commercial or other company or association, with or without legal personality, having its seat in German territory, irrespective of whether or not its activities are profit-oriented;

(b) In respect of the Republic of Moldova:

Any juridical person that has been established according to the laws of the Republic of Moldova and that has its permanent seat in the Republic of Moldova, irrespective of whether or not its activities are profit-oriented and irrespective of whether or not it is privately or nationally owned.

#### *Article 2*

(1) Each Contracting Party shall in its territory as far as possible promote investments made by nationals or companies of the other Contracting Party and shall permit these investments in accordance with its legislation. In every case it shall afford investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall prejudice in any way by means of arbitrary or discriminatory measures the management, employment, use or enjoyment of investments by nationals or companies of the other Contracting Party in its territory.

#### *Article 3*

(1) Each Contracting Party shall accord to investments in its territory that are full property or under the influence of nationals or companies of the other Contracting Party treatment that is no less favourable than that which it accords to investments of its own nationals and companies or investments of nationals or companies of third States.

(2) Each Contracting Party shall accord to nationals or companies of the other Contracting Party, in respect of their activities in connection with investments in its territory, treatment that is no less favourable than that which it accords to its own nationals and companies or nationals and companies of third States.

(3) This treatment shall not apply to prerogatives which a Contracting Party grants to the nationals or companies of third States by virtue of their membership of or association with a customs or economic union, common market or free-trade area.

(4) The treatment accorded in pursuance of this article shall not apply to privileges which a Contracting Party grants to the nationals or companies of third States under a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

#### *Article 4*

(1) Investments by nationals or companies of a Contracting Party shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of a Contracting Party may not be expropriated, nationalized or subjected to other measures the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, save in full public interest and against compensation. Compensation must be equivalent to the value of the expropriated investment immediately preceding the date on which full

actual or imminent expropriation, nationalization or comparable measure became publicly known. Compensation must be paid promptly and shall bear interest at the usual bank rate until the day on which it is paid. It must be effectively realizable and freely transferable. Appropriate provision shall be made for the assessment and payment of compensation, no later than on the day on which the expropriation, nationalization or comparable measure occurs. The lawfulness of the expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation must be susceptible of review in proceedings by due process of law.

(3) Nationals or companies of a Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflicts, revolution, a state of national emergency or revolt, shall be accorded no less favourable treatment by the latter Contracting Party than that Party accords to its own nationals or companies with regard to restitution, settlements, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of a Contracting Party shall receive most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this article.

#### *Article 5*

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular:

- (a) Of the capital and additional amounts for maintaining or increasing the investment;
- (b) Of returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the complete or partial liquidation or sale of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in article 4.

#### *Article 6*

If a Contracting Party makes a payment to its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party, without prejudice to the rights of the first Contracting Party under article 10, shall recognize the assignment of all rights and claims of these nationals or companies to the first Contracting Party by virtue of law or a contract. The other Contracting Party shall further recognize the subrogation of the first Contracting Party to all the rights and claims (assigned claims) which the first Contracting Party is entitled to exercise to the same extent as its predecessor in title. Article 4, paragraphs 2 and 3, and article 5 shall apply *mutatis mutandis* to the transfer of payments by virtue of the assigned claims.

*Article 7*

(1) Transfers under article 4, paragraphs 2 or 3, or articles 5 or 6 shall take place promptly at the exchange rate in force at the time for the Contracting Party in whose territory the investment has been made.

(2) This rate must be equivalent to the cross rate resulting from the rates of exchange which the International Monetary Fund would take as a basis for converting the currencies in question into special drawing rights on the date of the transfer.

*Article 8*

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty result in general or specific roles entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Treaty, these roles, to the extent that they are more favourable, shall prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall honour any other obligation it has accepted with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

*Article 9*

This Treaty shall also apply to investments already made by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the legislation of the latter before the entry into force of this Treaty.

*Article 10*

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty shall be settled, if possible, by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall be submitted to an arbitral tribunal, upon the request of either Contracting Party.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months from the date on which either Contracting Party informs the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 have not been observed, in the absence of any other agreement, either Contracting Party may invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from making the appointments, the Vice-President shall make them. If the Vice-President is a national of either

Contracting Party or if he, too, is prevented from making the appointments, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make them.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decision by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the costs of the chairman and other costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make different arrangements concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are parties to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, in consideration of the provisions of article 27, paragraph 1 of the Convention, a dispute may not be brought before the arbitral tribunal provided for above if an agreement has been reached between the nationals or companies of one Contracting Party and the Other Contracting Party under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of referring the matter to the arbitral tribunal in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention (article 27) is not complied with or in the event of an assignment of rights by virtue of law or a contract under article 6 of this Treaty.

#### *Article 11*

(1) Disputes regarding investments between one of the Contracting Parties and a national or company of the Other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months from the time of its being raised by one of the parties to it, it shall be submitted to arbitral proceedings if the national or company of the Other Contracting Party so requests. Unless the parties to the dispute decide otherwise, the dispute shall be submitted to arbitral proceedings under the terms of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States or Nationals of other States.

(3) The arbitral award shall be binding and shall not be subject to any legal appeal or legal recourse other than that provided for in the aforementioned Convention. The award shall be enforced in accordance with national legislation.

(4) Neither Contracting Party that is a party to the dispute shall raise the objection during arbitral proceedings or during the enforcement of an arbitral award that the national or the company of the other Contracting Party has received compensation under an insurance policy for part or all of the damage.

#### *Article 12*

This Treaty shall apply irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

*Article 13*

(1) This Treaty requires ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for ten years; thereafter its validity shall be extended for an unlimited period unless denounced in writing by either of the Contracting Parties twelve months before its expiration. After the expiry of the ten-year period the Treaty may be denounced at any time with twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1 to 12 shall continue to apply for a further period of twenty years as from the date of termination of this Treaty.

DONE at Chisinau on 28 February 1994 in duplicate, in the German and Romanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

For the Republic of Moldova:



PROTOCOL

On signing the Treaty concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, concluded between the Federal Republic of Germany and the Republic of Moldova, the undersigned plenipotentiaries have further agreed on the following provisions which shall be regarded as an integral part of the Treaty:

(1) Ad Article 1

(a) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom also, shall enjoy the same protection as the investment.

(b) Without prejudice to any other procedure to determine nationality, every person who possesses a national passport issued by the relevant authorities of the Contracting Party in question shall be deemed a national of that Contracting Party.

(2) Ad Article 2

(a) Investments made by nationals or companies of a Contracting Party in accordance with the legislation of the other Contracting Party and within its territory shall enjoy the full protection of the Treaty.

(b) The Treaty shall also apply in the territories of the exclusive economic zone and the continental shelf, insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or powers in those territories.

(3) Ad Article 3

(a) The following in particular, but not exclusively, shall be deemed "activities" within the meaning of article 3, paragraph 2: the management, employment, use and enjoyment of an investment. The following in particular shall be deemed "less favourable" treatment within the meaning of article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, energy, fuels or productive or operational equipment of all kinds, or impeding the sale of products on the domestic or foreign market and other measures having similar effects. Measures which must be taken on grounds of public security and order, public health or morals shall not be deemed "less favourable" treatment within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 shall not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies domiciled in the territory of the other Contracting Party tax privileges, exemptions or reductions which, according to its tax laws, are granted solely to natural persons and companies domiciled in its territory.

(c) The Contracting Parties shall, within the framework of their national legislation, give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment and to remain there in order to take up employment. Applications for work permits shall likewise be given sympathetic consideration.

(4) Ad Article 4

Entitlement to compensation shall also exist if, because of governmental measures within the meaning of article 4, paragraph 2, the enterprise in which the investment has been made is encroached upon and considerable economic harm results.

(5) Ad Article 7

A transfer shall be deemed to have been “promptly” carried out within the meaning of article 7, paragraph 1, if effected within the period of time normally required for compliance with transfer formalities. The period shall commence with the submission of an appropriate application and may under no circumstances exceed two months.

(6) Whenever goods and persons are to be transported in connection with an investment, a Contracting Party shall neither exclude nor hinder the transport enterprises of the other Contracting Party and shall, if necessary, issue permits as required to carry out the transport.

(7) With the entry into force of this Treaty, the Treaty of 13 June 1989 between the Federal Republic of Germany and the Union of Soviet Socialist Republics concerning the promotion and reciprocal protection of investments shall cease to be effective with respect to relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Moldova.

DONE at Chisinau on 28 February 1994 in duplicate, in the German and Romanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

For the Republic of Moldova:

PROTOCOL OF AMENDMENT TO THE TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE REPUBLIC OF MOLDOVA CONCERNING THE ENCOURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS SIGNED AT CHISINAU ON 28 FEBRUARY 1994

The Federal Republic of Germany and the Republic of Moldova,

Conscious that the Treaty Between the Federal Republic of Germany and the Republic of Moldova Concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, signed at Chisinau on 28 February 1994, requires amendment,

Have agreed as follows:

*Article 1*

*Article 11, paragraph 2 of the aforementioned Treaty shall be replaced as follows:*

“(2) If the dispute cannot be settled within six months from the time of its being raised by one of the parties to it, it shall be submitted to arbitral proceedings if the national or company of the other Contracting Party so requests. Unless the parties to the dispute decide otherwise, the provisions of article 10, paragraphs 3 to 5 shall be applied mutatis mutandis, on condition that the members of the arbitral tribunal are appointed by the parties to the dispute in pursuance of article 10, paragraph 3, and that if the periods specified in article 10, paragraph 3 are not observed, in the absence of any other agreements, either party to the dispute may invite the Chairman of the Court of Arbitration of the International Chamber of Commerce in Paris to make the necessary appointments. The arbitration award shall be enforced in accordance with national law.”

*Article 2*

*Article 11, paragraph 3 of the aforementioned Treaty shall be replaced as follows:*

“(3) In the event that both Contracting Parties have also become signatories of the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States or Nationals of other States, disputes between the parties to the dispute shall be submitted to arbitral proceedings under the terms of the aforementioned Convention unless the parties to the dispute decide otherwise; each Contracting Party hereby expresses its agreement with such a procedure. The arbitral award shall be binding and shall not be subject to any legal appeal or legal recourse other than that provided for in the aforementioned Convention. The award shall be enforced in accordance with national legislation.”

*Article 3*

This Protocol of Amendment is an integral component of the Treaty Between the Federal Republic of Germany and the Republic of Moldova Concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments and its Protocol, signed at Chisinau on 28 February 1994, and they shall be interpreted and applied as a single Treaty.

*Article 4*

(1) This Protocol of Amendment requires ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Protocol of Amendment shall enter into force together with the Treaty Between the Federal Republic of Germany and the Republic of Moldova Concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, signed at Chisinau on 28 February 1994.

DONE at Berlin on 26 August 2003 in duplicate, in the German and Romanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

For the Republic of Moldova:

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA  
RÉPUBLIQUE DE MOLDOVA RELATIF À LA PROMOTION ET À LA  
PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République de Moldova,  
Souhaitant approfondir la coopération économique entre les deux États,  
Désireuses de créer des conditions favorables aux investissements des ressortissants  
ou des sociétés de chaque État sur le territoire de l'autre,  
Reconnaissant que la promotion et la protection concertée de ces investissements  
peuvent stimuler l'initiative économique privée et accroître le bien-être des deux peuples,  
Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

Aux fins du présent Traité,

1. Le terme « investissement » désigne toutes les formes d'avoirs, notamment :

- a) La propriété des biens meubles et immeubles, ainsi que tous autres droits réels, tels qu'hypothèques et gages ;
- b) Les droits de participation dans des sociétés et autres formes de participation dans des sociétés ;
- c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou portant sur toute prestation ayant une valeur économique ;
- d) Les droits de propriété intellectuelle, tels que, notamment, les droits d'auteur, les brevets, les modèles déposés, les échantillons et modèles industriels, les marques, les noms commerciaux, les procédés techniques, le savoir-faire et la clientèle ;
- e) Les concessions de droit public, y compris les concessions relatives à la prospection et à l'extraction des ressources naturelles ;

Les modifications du mode de placement des avoirs ne portent pas atteinte à leur qualité d'investissement au sens du présent Traité.

2. Le terme « revenus » désigne les sommes rapportées par un investissement pendant une période donnée, telles que participations aux bénéfices, dividendes, intérêts, redevances, ou autres rémunérations du capital.

3. Le terme « ressortissants » désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne ;

b) En ce qui concerne la République de Moldova :

Les personnes physiques considérées comme étant des ressortissants de la République de Moldova en vertu de la législation de celle-ci ;

4. Le terme « sociétés » désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Les personnes morales ainsi que les sociétés commerciales ou autres sociétés ou associations ayant ou non la personnalité juridique, qui ont leur siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, qu'elles exercent ou non une activité lucrative ;

b) En ce qui concerne la République de Moldova :

Les personnes morales constituées en vertu de la législation moldave et qui ont leur siège permanent sur le territoire de la République de Moldova, qu'elles exercent ou non une activité lucrative, à titre public ou privé.

#### *Article 2*

1. Chacune des Parties contractantes encourage dans la mesure de ses possibilités les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante et admet ces investissements conformément à sa législation. Elle leur assure dans tous les cas un traitement juste et équitable.

2. Aucune des Parties contractantes ne portera préjudice sur son territoire à l'administration, à l'utilisation, à l'emploi ou à la mise à profit des investissements par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante, d'une manière quelconque, au moyen de mesures arbitraires ou discriminatoires.

#### *Article 3*

1. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire aux investissements appartenant à des ressortissants ou à des sociétés de l'autre Partie contractante, ou dépendant de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante, un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux investissements de ses propres ressortissants ou sociétés ou des ressortissants et des sociétés d'États tiers.

2. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer sur son territoire, aux activités des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie se rapportant à leurs investissements, un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux activités de ses propres ressortissants ou sociétés ou des ressortissants ou sociétés d'États tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou aux sociétés de pays tiers pour participer à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre échange ou en raison de leur association avec de tels groupements.

4. Le traitement prévu dans le présent article ne vise pas les avantages qu'une Partie contractante pourrait accorder aux ressortissants ou aux sociétés d'États tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords en matière fiscale.

#### *Article 4*

1. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

2. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante ne font pas l'objet, sur le territoire de l'autre Partie contractante, de mesures d'expropriation, de nationalisation ou d'autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité. L'indemnisation doit être de valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiatement avant la date à laquelle a été annoncée publiquement la nationalisation ou la mesure équivalente. L'indemnité devra être versée sans retard et sera productrice d'intérêts jusqu'à la date du paiement aux taux d'intérêts bancaires usuels ; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard à la date de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures équivalentes, les dispositions voulues devront être prises pour fixer le montant de l'indemnisation et en effectuer le versement. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou autres mesures équivalentes et le montant de l'indemnisation doivent pouvoir faire l'objet d'une vérification au cours d'une procédure judiciaire régulière.

3. Les ressortissants ou les sociétés de l'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres ressortissants et sociétés en matière de restitutions, de dédommagements, d'indemnités ou autres modes de règlements. Ces montants seront librement transférables.

4. En ce qui concerne les questions de réglementation dans le cadre du présent article, les ressortissants ou les sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

#### *Article 5*

Chaque Partie contractante garantit aux ressortissants ou aux sociétés de l'autre Partie le libre transfert des paiements en rapport avec un investissement, notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement ;
- b) Les revenus ;
- c) Le remboursement des prêts ;
- d) Le produit de l'investissement en cas de liquidation ou d'aliénation totale ou partielle ;
- e) Les indemnités visées à l'article 4.

#### *Article 6*

Si l'une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses ressortissants ou l'une de ses sociétés, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première Partie l'article 10, la cession de tout droit ou créance de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie contractante, que ce soit en appli-

cation d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. L'autre Partie contractante reconnaît en outre la subrogation de la première Partie contractante dans lesdits droits et créances (créances cédées), que la première Partie est en droit d'exercer dans la même mesure que le ferait le prédécesseur en titre. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 ainsi que de l'article 5 sont applicables, mutatis mutandis, au transfert des paiements à effectuer en vertu des droits transférés.

*Article 7*

1. Les transferts visés aux paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et aux articles 5 et 6 seront effectués sans retard au cours en vigueur pour la Partie contractante sur le territoire de laquelle a été effectué l'investissement.

2. Ce cours devra correspondre au taux croisé découlant des taux sur lesquels le Fonds monétaire international se baserait pour calculer les monnaies respectives en droits de tirage spéciaux à la date du paiement.

*Article 8*

1. S'il résulte des dispositions législatives de l'une des Parties contractantes ou d'obligations, actuelles ou futures, découlant du droit international en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière en vertu de laquelle doit être accordé aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui qui est prévu dans le présent Traité, ladite réglementation prévaudra sur le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante.

*Article 9*

Le présent Traité s'applique également aux affaires en matière d'investissements conclues par des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre conformément aux dispositions législatives de cette dernière avant l'entrée en vigueur du présent Traité.

*Article 10*

1. Les différends qui pourraient surgir entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être résolu de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral sera constitué sur une base ad hoc ; chaque Partie contractante désignera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour désigner en tant que président un ressortissant d'un État tiers qui sera nommé par les Gouvernements des



deux Parties contractantes. Les membres du tribunal sont nommés dans un délai de deux mois, et le président dans un délai de trois mois, à compter de la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ci-dessus n'ont pas été observés, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, faute d'un autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, il appartient au Vice-Président de procéder aux nominations voulues. Si le Vice-Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre de grade immédiatement inférieur de la Cour internationale de Justice, qui n'est le ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

5. Le tribunal arbitral se prononce à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire. Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale ; les frais afférents au Président du tribunal et les autres frais sont répartis à part égale entre les Parties contractantes. Le tribunal peut ordonner une répartition différente des frais. À tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, si le ressortissant ou la société de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

### *Article 11*

1. Les différends qui pourraient surgir entre l'une des Parties contractantes et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante au sujet des investissements devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable entre les parties au litige.

2. Si un différend ne peut être résolu dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties l'aura soulevé, il sera soumis à une procédure d'arbitrage à la demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante. Dans la mesure où les parties au litige n'en sont pas convenues autrement, le différend sera soumis à règlement conformément aux dispositions de la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États.

3. La sentence arbitrale, qui a valeur contraignante et n'est soumise à aucune autre voie de recours ou d'appel que celles visées par la Convention susmentionnée, sera exécutée selon les dispositions de la législation interne.

4. La Partie contractante partie au litige ne fera pas valoir au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale le fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante a obtenu au titre de l'assurance une indemnisation pour une partie ou la totalité du dommage.

*Article 12*

Le présent Traité est applicable indépendamment de l'existence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

*Article 13*

1. Le présent Traité est soumis à ratification ; l'échange des instruments de ratification aura lieu à Bonn dès que possible.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Il demeurera en vigueur pendant une période de 10 ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis écrit de douze mois avant son expiration. Au bout de 10 ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment avec préavis de douze mois.

3. Les dispositions des articles 1 à 12 du présent Traité continueront de s'appliquer aux investissements réalisés avant la date de l'expiration du présent Traité pendant 20 ans encore après la date à laquelle le présent Traité aura cessé de produire ses effets.

FAIT à Chisinau le 28 février 1994, en deux exemplaires en allemand et en roumain, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

Pour la République de Moldova :

## PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Moldova relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont également convenus des dispositions suivantes, qui font partie intégrante du Traité :

### 1. Au sujet de l'article premier

a) Les revenus d'un investissement et ceux afférents à leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement lui-même.

b) Sans préjudice des autres procédures relatives à l'établissement de la nationalité, est notamment considérée comme ressortissant d'une Partie contractante toute personne possédant un passeport national délivré par une autorité compétente de la Partie contractante concernée.

### 2. Au sujet de l'article 2

a) Les investissements effectués conformément à la législation d'une Partie contractante sur le territoire de cette dernière par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante jouissent de la protection complète du présent Traité.

b) La validité du présent Traité s'étend à la zone économique exclusive et au plateau continental sur lesquels la Partie contractante respective peut exercer des droits souverains et la compétence territoriale conformément au droit international.

### 3. Au sujet de l'article 3

a) Par « activités » au sens du paragraphe 2 de l'article 3, on entend en particulier, mais non exclusivement, l'administration, l'emploi, l'utilisation et la mise à profit d'un investissement. Par « traitement moins favorable » au sens de l'article 3, on entend en particulier : les différences de traitement consécutives à des restrictions à l'achat de matières premières et des matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tous types, ainsi que les différences de traitement résultant d'entraves en matière d'échange de produits dans le pays et à l'étranger, et toute mesure ayant des effets analogues. Les mesures adoptées pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de moralité ne sont pas considérées comme traitement « moins favorable » au sens de l'article 3.

b) Aux termes des dispositions de l'article 3, une Partie contractante n'est pas tenue d'accorder aux personnes physiques et aux sociétés sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux dont la législation fiscale dispose uniquement à l'égard des personnes physiques et des sociétés domiciliées sur son territoire.

c) Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur législation interne, les demandes d'entrée et de séjour émanant de personnes de l'autre Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de la première Partie contractante ; la même règle sera d'application pour les salariés d'une Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

4. Au sujet de l'article 4

L'investisseur a droit à indemnisation même en cas d'intervention de la puissance publique au sens de l'article 4, paragraphe 2, dans l'entreprise à laquelle il participe, et lorsque cette intervention cause un préjudice économique notable à son investissement.

5. Au sujet de l'article 7

On considère que le transfert est effectué « sans retard » au sens du paragraphe 1 de l'article 7 lorsqu'il est réalisé dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai, qui ne pourra en aucun cas excéder deux mois, commencera à courir au moment de la remise d'une demande en ce sens.

6. Pour ce qui est du transport de marchandises et de personnes, dans le cadre de la réalisation d'investissements, les Parties contractantes n'interdisent pas et n'entravent pas les activités des sociétés de transport de l'autre Partie contractante et, en tant que de besoin, accordent les autorisations nécessaires pour l'exécution des transports.

7. Le traité du 13 juin 1989 entre la République fédérale d'Allemagne et l'Union des Républiques socialistes soviétiques relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements s'éteindra à l'égard de la République fédérale d'Allemagne et de la République de Moldova à la date de l'entrée en vigueur du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Moldova relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements.

FAIT à Chisinau le 28 février 1994, en deux exemplaires en allemand et en roumain, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

Pour la République de Moldova :

PROTOCOLE D'AMENDEMENT AU TRAITÉ, CONCLU LE 28 FÉVRIER 1994 À CHISINAU, ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE DE MOLDOVA, RELATIF À LA PROMOTION ET À LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République de Moldova,

Conscientes de la nécessité d'amender le Traité, conclu le 28 février 1994 à Chisinau, entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Moldova, relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

L'article 11, paragraphe 2, du Traité susmentionné est remplacé par la formulation suivante :

« (2) Si un différend ne peut être résolu dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties l'aura soulevé, il sera soumis à une procédure d'arbitrage à la demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante. Dans la mesure où les parties au litige n'en sont pas convenues autrement, seront applicables, mutatis mutandis, les dispositions des paragraphes 3 à 5 de l'article 10, sous réserve que les parties au litige désigneront les membres du tribunal arbitral, conformément au paragraphe 3 de l'article 10, et que, si ne sont pas observés les délais mentionnés au paragraphe 3 de l'article 10, chacune des parties au litige pourra, faute d'autres dispositions, demander au Président de la Cour d'arbitrage de la Chambre de commerce internationale de Paris de procéder aux désignations voulues. La sentence arbitrale sera exécutée selon les dispositions de la législation interne. »

*Article 2*

L'article 11, paragraphe 3, du Traité susmentionné est remplacé par la formulation suivante :

« (3) Au cas où les deux Parties contractantes deviennent également Parties à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends entre États et ressortissants d'autres États, les différends visés dans le présent article seront soumis à une procédure arbitrale dans le cadre de ladite Convention, à moins que les parties au litige n'en conviennent autrement ; chacune des Parties contractantes accepte de procéder ainsi. La sentence arbitrale, qui a valeur contraignante et n'est soumise à aucune autre voie de recours ou d'appel que celles visées par la Convention susmentionnée, sera exécutée selon les dispositions de la législation interne. »

*Article 3*

Le présent Protocole d'amendement fait partie intégrante du Traité, conclu le 28 février 1994 à Chisinau, entre la République fédérale d'Allemagne et la République de

Moldova relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements et de son Protocole. L'ensemble de ces documents forme un tout et doit être appliqué comme tel.

*Article 4*

(1) Le présent Traité est soumis à ratification ; l'échange des instruments de ratification aura lieu dès que possible.

(2) Le présent Protocole d'amendement entre en vigueur en même temps que le Traité, conclu le 28 février 1994 à Chisinau, entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Moldova relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements.

FAIT à Berlin le 26 août 2003, en deux exemplaires en allemand et en moldave, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

Pour la République de Moldova :